



## Antrag

Fraktion AfD

### **Souveränität wahren - Energiepreise stabilisieren - Nord Stream 2-Projekt fortsetzen**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich auf allen Ebenen effektiv für die zügige Fertigstellung der Erdgaspipeline Nord Stream 2 einzusetzen und allen politisch motivierten Verzögerungen der Fertigstellung offensiv entgegenzutreten.

Zudem stellt der Landtag fest, dass

1. nach den politisch eingeleiteten Ausstiegen aus Kohle und Kernkraft, russisches Erdgas große Bedeutung für eine preiswerte und zuverlässige Energie- und Wärmeversorgung von Wirtschaft und Privatkunden in Sachsen-Anhalt hat;
2. die Ostseepipeline Nord Stream 2 den Wettbewerb zu anderen, teureren gasförmigen Energieträgern wie LNG stärkt und somit im energiepolitischen Interesse Sachsens-Anhalts, Deutschlands und Europas liegt;
3. herkömmlich gefördertes Erdgas im Vergleich zu im Fracking-Verfahren geförderten LNG deutliche Vorteile bei der Umwelt- und Energiebilanz aufweist;
4. eine Stärkung der gemeinsamen Handelsbeziehungen und die perspektivische Einbindung Russlands in das europäische Haus im sicherheitspolitischen Interesse aller europäischen Staaten als auch der Russischen Föderation liegt.

### **Begründung**

Die Nutzung von Erdgas in Wirtschaft und Haushalten hat in Deutschland seit langem eine herausragende Bedeutung. So wird Erdgas unter anderem zur Herstellung von elektrischem Strom, zur Beheizung von Gebäuden und als Grundstoff für die chemische Industrie verwendet.

Lange Zeit galt es als politischer Konsens, die Erdgasleitung Nord Stream 2 fertigzustellen. Diese soll künftig den steigenden Bedarf Deutschlands und Europas decken,

(Ausgegeben am 07.10.2020)

der sich durch den Ausstieg aus Kohle- und Kernkraft sowie der Stilllegung bedeutender Gasfelder in den Niederlanden ergibt.

Seit Wochen nehmen jedoch die Versuche der Pipeline-Gegner zu, den Giftdanschlag auf den Kremlkritiker Nawalny als Vorwand für einen Ausstieg aus dem internationalen Projekt zu nutzen. Dabei sind nicht mehr nur Mitglieder der Grünen die Wortführer der Ausstiegsdebatte, sondern es reihen sich verstärkt auch einflussreiche CDU-Politiker in die Ausstiegsliga ein. Mit den Transatlantikern Friedrich Merz und Norbert Röttgen fordern gleich zwei CDU-Kanzlerkandidaten einen Baustopp und betreiben gemeinsam mit den Grünen-Politikern Baerbock und Habeck rücksichtslose USA-Lobbypolitik.

Mehr als 10 Mrd. Euro hat ein internationales Industriekonsortium unter Beteiligung verschiedener europäischer Regierungen in den Bau der zweiten Erdgasleitung, Nordstream 2, durch die Ostsee investiert. Von den 1 200 Kilometern der stählernen Doppelröhre fehlen noch etwa 150 Kilometer bis zur Fertigstellung. Laut offiziellen Aussagen sollen 97 Prozent der Nord Stream 2-Leitung fertiggestellt sein.

Nordstream 2 hat ein gründliches rechtsstaatliches Genehmigungsverfahren durchlaufen. Mit der Erteilung der Baugenehmigung wurden das planungs- und baurechtliche Verfahren erfolgreich beendet und Baurecht geschaffen. Sollte es jetzt aus politischen Erwägungen oder wegen transatlantischer Erpressungen zu einem Baustopp kommen, haben die Investoren umfangreiche Schadensersatzansprüche gegen die Bundesregierung und somit die deutschen Steuerzahler.

Die deutschen Strom- und Erdgaskunden haben dann gleich zwei Nachteile. Sie müssen einerseits zukünftig höhere Strom- und Heizkosten zahlen, da der Wettbewerb der internationalen Rohstofflieferanten beschränkt wird und alternativ zu günstigem russischen Röhrengas nur hochpreisiges, mit Tankschiffen geliefertes LNG-Flüssiggas zur Wahl steht. Andererseits müssen für Milliarden Euro LNG-Entlade-terminals gebaut und Schadenersatz in Höhe von 10 Mrd. Euro an die Investoren geleistet werden. Auch aus Gründen des Umweltschutzes ist es effizienter und sauberer, sibirisches Röhrengas dem im Fracking-Verfahren unter massivem Chemikalieneinsatz geförderten USA-LNG vorzuziehen und die Transportwege emissionsfrei zu halten.

Souveräne wirtschaftspolitische Entscheidungen Deutschlands, die unsere langfristige Energiesicherheit betreffen, müssen gegen alle nachteilsgeladenen transatlantischen Forderungen verteidigt werden. Deutschland und Europa haben das grundlegende und verbindende Interesse an guten nachbarschaftlichen Beziehungen zur Russischen Föderation. Im Jahr 30 nach der Wiedervereinigung gilt es, diese uneingeschränkte Souveränität unseres Landes klar zu kommunizieren und im Einklang mit den Bestimmungen des internationalen Rechtes durchzusetzen.

Oliver Kirchner  
Fraktionsvorsitzender